

Malich, Siegfried

Article — Digitized Version

Industrialisierungshilfe - und was danach?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Malich, Siegfried (1962) : Industrialisierungshilfe - und was danach?,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 42, Iss. 3, pp. 112-120

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133200>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Industrialisierungshilfe - Und was danach?

Dr. Siegfried Malich, z. Z. Brüssel

Seinen Bericht über die Entwicklung des Welthandels im Jahre 1960 konnte das GATT-Sekretariat erst Ende 1961 herausgeben.¹⁾ Wer ihn zu diesem Zeitpunkt trotz der bedauerlichen Aktualitätseinbuße noch zur Hand genommen hat, um die Ansichten des zum Förderer und Mehrer der internationalen Arbeitsteilung bestellten Weltorgans über den in statistischen Daten sich widerspiegelnden Erfolg seiner Tätigkeit kennenzulernen, dem schlugen Befriedigung und Enttäuschung in wechselnder Reihenfolge entgegen.

DIE STELLUNG DER ENTWICKLUNGSLÄNDER IM WELTHANDEL

Genugtuung herrscht offensichtlich — und nicht zu Unrecht — über die außergewöhnliche Belebung des Welthandels während des Berichtszeitraumes. Die Freude wird nur sehr stark gedämpft durch den Umstand, daß die Expansion fast ausschließlich den wohlhabenden, den wirtschaftlich fortgeschritteneren Ländern zugute kam. Man muß wissen, in wie starkem Maße die Exekutive des GATT sich mit den Anliegen der Entwicklungsländer identifiziert, um das Ausmaß seiner Enttäuschung zu ahnen, die der erneuten Verschlechterung der internationalen Handelsposition dieser Ländergruppe — nach zwei Jahren scheinbar beginnenden Umschwungs zum Besseren, scheinbar winkenden Erfolges bewußter Förderungspolitik — gefolgt ist.

Gewiß, die Gesamtausfuhren der wirtschaftlich unterentwickelten Regionen²⁾ sind 1960 gegenüber 1959 um rd. 5% gestiegen — aber gleichzeitig schrumpfte ihr Anteil am Weltexport von 22,7 auf 21,5%, und ihr relativer Beitrag zur Versorgung der Industrieländer verringerte sich von 26 auf 24%. Und da die Einfuhren während des betrachteten Zeitraumes um 9% anwuchsen, ergab sich für die Gesamtheit der nichtindustrialisierten Länder nach dem annähernd ausgeglichenen Ergebnis des Jahres 1959 ein Handelsbilanzdefizit von über 1,3 Mrd. \$, gerechnet in fob-Werten. Ohne die Devisenüberschüsse der Erdölexportländer sähe dieses Ergebnis sogar noch weit ungünstiger aus.

Der überproportionale Anstieg der Bezüge entwicklungsbedürftiger Länder aus den Industriestaaten beruht vorwiegend auf vermehrten Investitionsausgaben für ihre Entwicklungsvorhaben. Aber wieder konnte — mangels hinlänglicher Ausfuhrerlöse und Devisenpolster — die Finanzierung der Investitionen nicht

ohne Vorgriff auf deren künftigen Ertrag, d. h. zusätzliche Verschuldung gegenüber der übrigen Welt, ermöglicht werden. Anders ausgedrückt, waren es die Industrieländer selbst, die den Zuwachs ihrer Produktionsmittelexporte nach den Entwicklungsgebieten auf mannigfache Weise zu finanzieren hatten — zum Beispiel in Form von Geschenken, Neukrediten oder weiterem Zahlungsaufschub zugunsten der Abnehmerländer und durch die Beiträge an internationale Entwicklungshilfeorganisationen.

DISKREPANZ ZWISCHEN AUFWAND UND EFFEKT DER ENTWICKLUNGSHILFE

Ihren vor Jahren mehr oder weniger bereitwillig gefaßten Entschluß zur Förderung des wirtschaftlichen Aufbaus der zurückgebliebenen Regionen haben sich die Industrieländer schon einiges kosten lassen. Allein im Zeitraum 1956—1960 sind von den USA, den leistungsstärkeren Mitgliedstaaten der ehemaligen OEEC, Kanada und Japan insgesamt rd. 36 Mrd. \$ an öffentlichen und privaten Mitteln für den genannten Zweck aufgebracht worden. Dieser Betrag hat selbstverständlich nicht ausschließlich, ja noch nicht einmal hauptsächlich die Form gewerblicher Produktionsstätten in den Empfängerländern angenommen, darf aber trotzdem in erster Linie als direkte und indirekte Industrialisierungshilfe betrachtet werden. Denn die

Entwicklung des Welthandels
(fob-Werte in Mrd. US-\$)

Bestimmung	Jahr	Industrieländer ¹⁾		Entwicklungs-länder ²⁾	Ostblock und Kontin.-China	Welt ³⁾
		insg.	darunter EWG			
Industrie-länder insgesamt	1953	33,4	9,3	14,3	1,0	48,6
	1958	46,0	14,8	19,7	2,3	68,0
	1959	51,3	16,3	19,4	2,4	73,1
	1960	59,1	20,3	21,2	3,0	83,3
darunter EWG	1953	9,5	4,0	4,2	0,3	14,1
	1958	15,6	6,9	6,3	0,9	22,8
	1959	18,2	8,2	6,1	1,0	25,2
	1960	21,7	10,3	6,8	1,2	29,7
Entwicklungs-länder	1953	15,5	4,2	5,2	0,3	21,1
	1958	18,1	5,5	5,7	0,9	24,7
	1959	19,0	5,8	5,8	1,0	25,7
	1960	19,7	6,2	6,2	1,2	27,1
Ostblock u. Kontinental-China	1953	1,2	0,3	0,4	6,3	7,9
	1958	2,2	0,8	1,1	8,8	12,1
	1959	2,4	0,9	1,1	10,7	14,2
	1960	2,8	1,1	1,2	11,1	15,1
Welt ³⁾	1953	50,2	14,2	19,9	7,5	77,6
	1958	66,4	20,3	26,6	11,8	104,8
	1959	72,9	23,1	26,2	14,0	113,0
	1960	81,8	27,5	28,5	15,1	125,5

¹⁾ General Agreement on Tariffs and Trade: International Trade 1960, Genf 1961.

²⁾ Alle Länder außer Westeuropa, Nordamerika, Japan, Australien, Neuseeland, Südafrika, den europäischen Ostblockländern und Kontinentalchina.

¹⁾ Einschl. Australien, Neuseeland und Südafrika. ²⁾ Alle Länder außer Westeuropa, Nordamerika, Japan, Australien, Neuseeland, Südafrika, den europäischen Ostblockländern und Kontinentalchina. ³⁾ Differenzen durch Abrundungen.

Quelle: GATT: International Trade 1960, Genf 1961.

gegenwärtig noch vielfach im Vordergrund stehenden Investitionen (zum Ausbau der Infrastruktur und zur Erschließung der Reichtümer des Landes, zur Hebung des Leistungsniveaus der Bevölkerung u. a. m.) schaffen das notwendige Fundament für die eigentliche Industrialisierung, die erklärtes Fernziel und eine unerläßliche Voraussetzung für das langfristige Wirtschaftswachstum der heutigen Agrar- und Rohstoffländer ist.

Gesamtaufwand für bilaterale und multilaterale Entwicklungshilfe 1956—1960¹⁾
(Nettleistungen in Mrd. \$)

Geberländer	Bilaterale Hilfe		Zahlungen an multil. Organis.	Gesamtaufwand ²⁾
	Öffentl. Hand	Privatwirtsch.		
Industrieländer der OEEC zusammen	6,8	7,9	1,5	16,3
USA	11,1	5,7	1,2	18,1
Kanada	0,2	0,2	0,1	0,6
Japan	0,7	0,2	— 0,2	0,7
Geberländer insgesamt ²⁾	18,9	14,1	2,6	35,7
Jahresdurchschn. 1956-1960	3,8	2,8	0,5	7,1
1950-1955	1,8	1,5	0,2	3,5

¹⁾ Ohne Militärhilfe und kurzfristige Kredite mit Laufzeiten von weniger als 1 Jahr — ohne Entwicklungshilfe des Ostblocks. ²⁾ Differenzen durch Abrundungen.

Quelle: OEEC/OECD: Moyens financiers mis à la disposition des pays en voie de développement économique 1956-1959 et 1960, Paris, April 1961 und Dezember 1961.

Mit so beachtlichen Summen, deren Jahresdurchschnitte innerhalb eines Jahrzehnts erheblich gestiegen sind und künftig sicherlich nicht weniger spektakulär anwachsen werden, hat man die industrielle Zukunft der Entwicklungsländer einzuleiten versucht und wird sie weiterhin zu verwirklichen trachten. Daran dürfte — weil wirtschaftliche Gesichtspunkte zumindest bei den öffentlichen Hilfeleistungen nicht den Ausschlag geben — auch die Erkenntnis kaum etwas ändern, daß die Verwendung der eingesetzten Mittel nicht gerade ein leuchtendes Beispiel für das Walten der ökonomischen Vernunft zu bieten vermag. Aus Mangel an Planung, Koordinierung und Kontrolle der nationalen und der internationalen Entwicklungshilfe — soweit sie nicht marktwirtschaftlich orientiert ist — steht ihr Effekt jedenfalls in einer bemerkenswert schwachen Relation zum Aufwand, und es gibt wenig Anlaß zur Hoffnung auf einen baldigen und grundlegenden Wandel dieses Mißverhältnisses.³⁾

Die Entwicklungsländer haben also — um diesen Tatbestand mit anderen Worten zu umschreiben — in ihrer wirtschaftlichen Entfaltung ohne Zweifel geringere Fortschritte gemacht, als das bei rationellerem Mitteleinsatz möglich gewesen wäre. Ob jedoch der nach unseren Vorstellungen zu hohe Kapitalverschleiß den unvermeidlichen Beschleunigungszuschlag⁴⁾

³⁾ Vielleicht gelingt es dem inzwischen in die OECD eingegliederten DAC (Development Assistance Committee), in absehbarer Zeit das Gegenteil zu beweisen.

⁴⁾ Vergessen wir doch nicht, daß die wirtschaftlich rückständigen Länder in wenigen Jahrzehnten eine Entwicklung durchlaufen wollen und sollen, für die die heutigen Industriestaaten ein Jahrhundert und mehr (in manchen Vergleichsfällen kann sogar eher von einem Jahrtausend gesprochen werden) benötigt haben.

für die erstrebte Zeitersparnis auf der Industrialisierungstrecke darstellt, ist eine Überlegung, die hier nicht ausgesponnen werden soll. Statt dessen wollen wir uns der Frage zuwenden, was wohl geschehen wäre, wenn eine günstigere Relation zwischen Aufwand und Effekt den Industrialisierungsprozeß der Entwicklungsländer um einige Etappen weiter vorangebracht hätte, als das tatsächlich gelungen ist.

In diesem Falle gäbe es heute ein etwas ansehnlicheres gewerbliches Produktionspotential zwischen Lateinamerika und Hinterindien, zugleich aber wahrscheinlich ein welthandelspolitisches Problem ersten Ranges. Ihm wollen wir unsere Aufmerksamkeit widmen — nicht um der Lust an hypothetischen Gedankenspielerereien willen, sondern weil die schwere Belastungsprobe der internationalen Wirtschaftsbeziehungen tatsächlich bevorsteht. Sie wird nur dann zu meistern sein, wenn in der noch verbleibenden Frist zweckentsprechende Vorkehrungen getroffen werden.

**INDUSTRIALISIERUNG BEWIRKT
WELTWIRTSCHAFTLICHE SPANNUNGSZUSTANDE**

Das angedeutete Problem, das „dank“ des zu bescheiden anmutenden Ergebnisses der Entwicklungshilfe noch nicht in bedrohlichem Ausmaß Wirklichkeit werden konnte, hängt eng mit der Industrialisierung rückständiger Gebiete zusammen. Es wird sich unaufhaltsam und in dem Maße verschärfen, wie bisherige Rohstoffexportländer mit internationaler Unterstützung selbst zur Verarbeitung eines Teiles ihrer Naturschätze übergehen. Denn von dem Zeitpunkt an, da sie Halbfabrikate oder Fertigwaren herzustellen beginnen, kann es auch nicht mehr lange dauern, bis sie erwartungsfroh Zugang zu den Weltmärkten suchen werden.

Für diese Vermutung spricht die Beobachtung, daß ein nicht unerheblicher Prozentsatz der in Entwicklungsländern realisierten Anlageinvestitionen von vornherein exportorientiert ist: Man errichtet Fabrikationsstätten, deren Ausstoß in erster Linie dazu beitragen soll, die chronische Devisenlücke zu schließen. Aber auch jene primär auf die Versorgung des Inlands ausgerichteten, zur Importsubstitution bestimmten Anlagen sehen sich nach den bisherigen Erfahrungen vielfach sehr schnell veranlaßt, ihr Heil in der Ausfuhr zu suchen: das interne Verbrauchsvolumen eines in den Prozeß der Beschleunigung des Wirtschaftswachstums eingetretenen Entwicklungslandes vermag — was die Exportabhängigkeit der jungen Industrien erheblich verschärfen muß — in der Regel mit der Entfaltung der Produktionskraft nicht Schritt zu halten. Ein massiver Drang auf die Weltmärkte, der noch von der Erwartung beflügelt wird, daß die zurückgebliebenen Volkswirtschaften mit der Abkehr von Monokultur und ausschließlichem Rohstoffexport aus ihrer Rolle als Stiefkinder des internationalen Handels entlassen würden, kann also schwerlich ausbleiben — und damit beginnt dann das Dilemma.

Zunächst werden die Entwicklungsländer erkennen müssen, daß bei Industrieerzeugnissen noch weniger als bei Rohstoffen von einem „Weltmarkt“ die Rede sein kann. Was sich tatsächlich unter diesem oft mißbrauchten Idealbegriff⁵⁾ verbirgt, ist nichts anderes als eine Vielzahl gegeneinander abgegrenzter Wirtschaftsgebiete, deren potentiell aufnahmefähigste seit langem und noch immer daran gewöhnt sind, sich gegen verarbeitete Waren externer Herkunft handelspolitisch besonders stark abzuschirmen.

Das ist für die am Beginn der Industrialisierung stehenden Länder eine sehr mißliche Ausgangslage, die den lebensnotwendigen Start ins internationale Geschäft nicht gerade erleichtert. Ihre Reaktion hierauf läßt sich voraussehen: Sie werden vor jedem nur irgendwie kompetent erscheinenden Auditorium Maßnahmen zur Förderung ihrer Ausfuhren an gewerblichen Erzeugnissen verlangen, so wie sie sie gegenwärtig für Rohstoffe fordern⁶⁾. Ein solcher Appell wird sich selbstverständlich in erster Linie an die wirtschaftlich fortgeschrittenen Staaten richten — an jene Länder also, die gewissermaßen Patenschaften für das Entstehen zahlreicher Produktionsstätten in minder entfalteten Volkswirtschaften zu übernehmen pflegen und denen, so möchte man folgern, konsequenterweise auch an ihrem Gedeihen gelegen sein müßte. Soweit damit jedoch die Bereitschaft zu tätiger Hilfe bei der unerläßlichen Eröffnung ausreichender Absatzmöglichkeiten gemeint ist, kann dieser Schluß nicht ohne weiteres gezogen werden. Eher noch ließe sich aus gewissen Anzeichen entnehmen, daß unter den reiferen Industrieländern zur Zeit eine gegenteilige Neigung vorherrscht, die nicht so recht zu ihren Bemühungen um die Erleichterung des weltweiten Güterausstausches und die Wiederherstellung einer funktionsfähigen internationalen Arbeitsteilung passen will.

UNBEWALTIGTES PROBLEM „NIEDRIGPREISEINFÜHREN“

Wir entsinnen uns, wie die am Welthandel interessierten Staaten aus der Einsicht heraus, daß die teilweise bis ins Extrem einzelstaatlichen Autarkiestrebens getriebene Auflösung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit für alle ein vermeidbares Verlustgeschäft war, nach dem Ende des zweiten Weltkrieges dem handelspolitischen Isolationismus abzuschwören begannen. Im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) gaben sie sich einen Kodex

⁵⁾ Auf die weitere Verwendung dieses Begriffes soll allerdings der Bequemlichkeit halber, jedoch ohne Beschönigungsabsichten, auch hier nicht verzichtet werden.

⁶⁾ Als den Beginn einer derartigen Aktion könnte man es betrachten, daß einige Halb- und Fertigfabrikate auf Wunsch einzelner Entwicklungsländer besonders in die zweite und dritte Liste der vom GATT-Ausschuß Nr. III zum Zwecke der Aufdeckung von Handlungsschwächen zu studierenden Waren aufgenommen worden sind. Es handelt sich hierbei — neben den bereits in der ersten Liste enthaltenen Baumwollwaren, Juteartikeln und pflanzlichen Ölen — um Fahrräder, Nähmaschinen, Elektromotoren und -ventilatoren, Dieselmotoren, Sportartikel, Metallmöbel, Lederwaren, Erzeugnisse aus Kokosfasern, Fischkonserven sowie verschiedenes Metallhalbzug.

und ein Programm für den fortschreitenden Abbau der zwischen ihnen bestehenden Restriktionen, unter denen die mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen gegenüber den Zollerhebungen als das ärgere Übel empfunden wurden.

Die Liberalisierung, die Befreiung des gegenseitigen Handels der Mitglieder des Abkommens von Kontingentierungen, galt daher als vordringlich und sollte nur bei ernstlichen Schwierigkeiten des Zahlungsbilanzausgleichs durch das betroffene Partnerland verzögert oder gar rückgängig gemacht werden dürfen. Das Recht zur Berufung auf diese Ausnahmeklausel verloren nach und nach praktisch alle Industrieländer im Zuge ihres wirtschaftlichen Aufschwungs während der fünfziger Jahre bis zur Gegenwart, und zugleich begann es sich zu erweisen, daß die Wirksamkeit der als wichtige Instrumente zur Dosierung von Einfuhren noch verbliebenen Zölle nicht so weit reichte, wie man geglaubt hatte. Sie erstreckte sich beispielsweise nicht auf jene in wachsender Zahl und Menge von Ländern, die nicht zu den traditionellen Fertigwarenexporteuren gehören, zu außergewöhnlich niedrigen Preisen auf den Weltmärkten angebotenen Industrieerzeugnisse. Diese billigen Waren blieben — besonders bei Wertzollsystemen — auch nach der Zollbelastung durch das Importland für den Verbraucher attraktiv und schienen einheimischen Konkurrenzprodukten den Markt mit Erfolg streitig machen zu können.

Widerstand gegen „Unterbrechung herkömmlicher Handelsströme“

Eine solche Entwicklung war nicht vorausgesehen worden, und in dem gleichen Maße, wie sie die Konsumenten freudig überraschte, erfüllte sie die Produzenten einiger ohnehin auf der Schattenseite der Wirtschaftsexpansion gebliebener Industriezweige mit erhöhter Existenzangst. Wie stets in solchen Fällen, ertönte alsbald der Ruf nach Schutz und Hilfe des Staates — mit dem Erfolg, daß die Mehrzahl der ökonomisch fortgeschrittenen Gemeinwesen sich der „Unterbrechung herkömmlicher Handelsströme“ zu widersetzen und nach zolltechnischen Mitteln für die Abwehr sogenannter „Niedrigpreiseinfuhren“ Ausschau zu halten begannen⁷⁾. Diese Aktionen sind noch in vollem Gange, und unverkennbar schmälern sie die Aussichten zahlreicher sich industrialisierender Länder, gemäß ihren wirtschaftlichen Gegebenheiten am Welthandel mit verarbeiteten Waren teilzunehmen. Es bedarf keineswegs der Phantasie eines Pessimisten, um unter solchen Voraussetzungen schwere Erschütterungen der weltwirtschaftlichen Beziehungen zu prophezeien.

⁷⁾ In diesem Zusammenhang ist beispielsweise das als „Gremse-Bericht“ bekannte Gutachten über die Eignung und Anwendbarkeit von Gleit-, Staffel- und Mischzöllen zur wenigstens formal (wenn auch nicht dem Geiste nach) GATT-konformen Behinderung von Einfuhren aus Niedriglohnländern zu erwähnen.

Niedrigpreisproblem Teilaspekt der Entwicklungsproblematik

Im Ansatz ist demnach das Problem, für dessen rechtzeitige Bewältigung hier nachdrücklich plädiert werden soll, bereits vorhanden. Nur wird es eben bisher unter der Bezeichnung „Niedrigpreisimporte“ als ein Sonderfall internationaler Marktstörungen behandelt und damit einer isolierten Betrachtung unterworfen, die seine Lösung erschwert. Der erste Schritt zur wirksamen Beseitigung der bereits aufgetretenen und der in Zukunft — mit der Industrialisierung weiterer wirtschaftlich zurückgebliebener Länder — verstärkt drohenden Schwierigkeiten sollte also darin bestehen, das Niedriglohn- und Niedrigpreisproblem in den richtigen Zusammenhang zu rücken und als das darzustellen, was es tatsächlich ist: ein Teilaspekt der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungsproblematik. Nur wenn es als Teil dieses umfassenderen und nach einhelliger Meinung der besonderen Aufmerksamkeit würdigen Komplexes erkannt und anerkannt wird, besteht begründete Hoffnung auf eine positive Regelung innerhalb der kürzestmöglichen Frist.

Nachdem das Stichwort „Niedrigpreisimporte“ gefallen ist, soll nun auch nicht länger von „Entwicklungsländern“ schlechthin gesprochen werden. Genau genommen sind ja die bisherigen Ausführungen vorwiegend auf jene Gruppe rückständiger Volkswirtschaften zugeschnitten, denen sich praktisch vom Beginn ihrer industriellen Entfaltung ab die Möglichkeit weitgehender Substitution knapper und daher teurer Produktionsfaktoren durch reichlich verfügbare, billige Produktivkräfte bietet. In der Regel ist es ein Überschuss an Menschen, der als industrielle Reservearmee besonderer Art auf die Löhne drückt und die anderen Kostenelemente in einem Maße kompensiert, das zu preisgünstigen Ausfuhrangeboten befähigt. Bei dieser Sachlage ist die Bezeichnung „anomal niedrige Preise“, in der der Vorwurf des Dumpings und unlauteren Wettbewerbs anklingt, gänzlich unangebracht, denn für die Norm der Kalkulation können ja ausschließlich die jeweiligen örtlichen Verhältnisse maßgebend sein.

Zwiespältige Wirtschaftspolitik gegenüber Entwicklungsländern

Wir erkennen unschwer, daß die erwähnten Produktionsbedingungen praktisch in allen bevölkerungsreichen Entwicklungsländern gegeben sind. Gemessen an der Menschenzahl, verkörpern sie das Gros der um ihren wirtschaftlichen Aufstieg ringenden Völker. Dies bewahrt dem Problem, dem wir uns zugewandt hatten, seinen besonderen Rang. Gleichzeitig aber sehen wir ein, daß die — nach unseren Vorstellungen — außerordentlich niedrigen Produktionskosten ihrer jungen Industrien keinen unverdienten und unrechtmäßigen Vorzug, sondern lediglich die in milderem Licht erscheinende Nebenwirkung einer erheblichen Belastung, der relativen Übervölkerung

nämlich, darstellen. Sie sind Ausdruck eines kaum vorstellbar niedrigen Lebensstandards, der in einigen Gebieten infolge exzessiver Geburtenüberschüsse sogar noch weiter zu sinken droht.

Die aktuellen und die potentiellen Niedrigpreisländer zählen also ohne Zweifel zu den unterentwickelten Volkswirtschaften, denen mit internationaler Hilfe ein Weg aus der Misere geebnet werden soll.⁸⁾ Wenn einzelne unter ihnen schon als Anbieter verarbeiteter Erzeugnisse auf den Weltmärkten erscheinen, so ist doch deren industrielle Gesamtentfaltung im Vergleich zu Westeuropa oder gar Nordamerika noch um viele Etappen im Rückstand. Von einer auch nur annähernd ausgewogenen Industriestruktur kann keinesfalls die Rede sein, und nach wie vor besteht — gemessen an den gegenwärtigen Kriterien der Entwicklungshilfe — eine hochgradige Unterstützungsbedürftigkeit, die ihnen heute wie einst ihren Anteil am weltweiten Finanzausgleich sichert.

Damit stehen wir vor der verwirrenden Situation, daß die fortgeschritteneren Staaten gewissermaßen mit der einen Hand die weniger leistungsfähigen Länder auf ihr höheres Entfaltungsniveau emporzuziehen versuchen, mit der anderen jedoch zur gleichen Zeit Manöver ausführen, die geeignet sind, den Aufstieg der Nachzügler erstlich zu behindern. Auf der einen Seite werden große Anstrengungen unternommen, um in zurückgebliebenen Gebieten das für eine hinreichend schnelle und nachhaltige Wirtschaftsexpansion unerläßliche Industriepotential zu schaffen, auf der anderen Seite trifft man Vorkehrungen, die den Absatz der mit so viel Mühe errichteten Produktionsstätten gerade während der labilen Konsolidierungsphase erschweren müssen und dadurch eine wesentliche Voraussetzung für ihre Lebensfähigkeit, für ihr Bestehen aus eigener Kraft, beseitigen.

„KOMPARATIVE VORTEILE“ DURCH ZWISCHENSTAATLICHE ARBEITSTEILUNG

Erfreulicherweise mehren sich die Zeichen, daß diese befremdliche Zwiespältigkeit und Widersprüchlichkeit des wirtschaftspolitischen Handelns, die sicherlich zum Teil mit der Aufsplitterung der Kompetenzen zusammenhängt, den Verantwortlichen zum Bewußtsein kommt und damit peinlich wird. Das verbessert die Aussichten auf eine konsequenteren, in sich ausgewogeneren und besser koordinierten Politik gegenüber den Entwicklungsländern zwar beträchtlich, ist aber noch keine Garantie dafür, daß die Hinwendung zu neuen Formen eines aufgeschlossenen, arbeitsteiligen weltwirtschaftlichen Zusammenwirkens mit ihnen rechtzeitig genug geschieht, um einer Zerrüttung des Welthandels durch das Aufeinanderprallen fehlorientierter Interessen vorzubeugen.

⁸⁾ Nur der „klassische“ Niedrigpreisexporteur Japan konnte die Industrialisierungsschwelle bereits überschreiten, hat aber zugleich begonnen, seine Eigenschaft als Niedriglohnland mehr und mehr zu verlieren. Schon mehren sich — was noch vor wenigen Jahren als unvorstellbar galt — die Meldungen über Arbeitskräftemangel in bestimmten Sektoren und für gewisse Funktionen, wovon die Lohnentwicklung nicht unberührt bleiben kann.

Die interessenfreie — oder mit anderer Sinngebung ausgedrückt: die im wohlverstandenen Gemeininteresse handelnde — Fachpublizistik sollte es daher als eine ihrer Aufgaben betrachten, im Verein mit weiterblickenden wirtschaftspolitischen Ratgebern aus den Exekutiven selbst, die Regierungen der hochindustrialisierten Länder in der Abkehr von protektionistischen Praktiken, besonders den speziell gegen Entwicklungsländer gerichteten, zu bestärken.⁹⁾ Ebenso wichtig und dringlich aber ist die Unterstützung der Wirtschaftspolitiker, die Erhöhung ihrer Handlungsfreiheit, durch eine systematische Vorbereitung der öffentlichen Meinung auf unerläßliche Wandlungen im wirtschaftspolitischen Konzept.

Weltweite Strukturveränderungen begrüßenswert

Das Prinzip der Entwicklungshilfe wird heute — und von dieser Tatsache läßt sich ausgehen — bereits weitgehend bejaht. Dagegen scheinen ihre weitreichenden Konsequenzen vielfach nicht hinlänglich erkannt zu werden. Möglicherweise trübt die Vielfalt der angeführten Motive außerökonomischer Art den Blick dafür, daß die „Hilfe zur Selbsthilfe“ nicht in erster Linie eine erhaltende, sondern eine gestaltende Funktion hat, deren Effekte keineswegs auf die so fern anmutenden Empfängerländer beschränkt bleiben können. Die Industrialisierung (einschließlich ihrer Vorstufen) minder entfalteter Volkswirtschaften ist vielmehr gleichbedeutend mit tiefgreifenden Strukturveränderungen weltwirtschaftlichen Ausmaßes, und diese Wandlungen, die als Fortschritte auf dem Wege zur optimalen Nutzung der ökonomischen Kräfte unserer Erde anzusehen sind, stellen ein erstrebenswertes und begrüßenswertes Positivum dar. Das sollte verstanden werden, damit sie nicht länger als unerwünschte und daher möglichst zu neutralisierende Nebenwirkungen der Entwicklungshilfe in Verruf bleiben.

Mit dem wirtschaftlichen Aufbau, mit der Industrialisierung bisher zurückgebliebener Gebiete vergrößert sich allmählich der Kreis der rohstoffverarbeitenden Länder und eröffnen sich für die älteren Mitglieder dieses Zirkels neue Chancen, unrentable Fertigungszweige an hierfür günstiger ausgestattete Regionen abzugeben, um sich selbst noch stärker den ertragbringenden Produktionen, für die sie am vergleichsweise besten gerüstet sind, zu widmen. Die Vorteile einer solchen Spezialisierung hat Quesnay schon vor zweihundert Jahren anschaulich beschrieben, und der (wenn auch nach 1914 zeitweilig behinderte) Verlauf der wechselseitigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den heutigen Senioren unter den Industrie-

⁹⁾ Derartige Beschlüsse der bedeutendsten westeuropäischen Staaten werden künftig mehr und mehr in ein gemeinsames Vorgehen einmünden, wie es der EWG-Mitgliedschaft entspricht. Mit der sich anscheinend anbahnenden handelspolitischen Harmonisierung im atlantischen Rahmen wächst darüber hinaus die Möglichkeit gleichgerichteter Aktionen aller großen Industrieländer. Ein solches Zusammenwirken wäre übrigens auch geeignet, der Furcht mancher Staaten vor einem vermeintlichen konzentrierten Angriff markt-gängiger überseeischer Fertigwaren auf etwaige freihändlerische Schrittmacher die Grundlage zu nehmen.

ländern bestätigte seine Auffassung. Längst ist es doch statistisch offenbar geworden, daß der Handel zwischen Industriestaaten nicht etwa — wie anfänglich befürchtet worden war — die Form endloser und verlustreicher Konkurrenzkämpfe um den Absatz gleichartiger Erzeugnisse angenommen, sondern zum fortgesetzt intensiver werdenden Austausch nicht identischer Güter geführt hat, der allen Beteiligten zum Vorteil gereichte und noch immer die höchsten Wachstumsraten im Welthandel aufweist.

Dieser Prozeß ist gekennzeichnet durch tendenzielle Richtungsänderungen und Umorientierungen der Bezüge nach den jeweils günstigsten Versorgungsquellen hin, wie sie übrigens auch vor der industriellen Epoche schon gang und gäbe waren und seit jeher den ökonomischen Fortschritt gefördert und den Wohlstand vermehrt haben. Stets aber mußten im Zuge der weltwirtschaftlichen Entfaltung und übernationalen gewerblichen Verzahnung herkömmliche Werte geopfert werden, um im Gemeininteresse einen höheren Nutzenzuwachs entstehen zu lassen. Es ist schwer einzusehen, daß diese Erfahrungen auf das künftige Verhältnis zu den jungen Industrienationen nicht sinngemäß anwendbar sein sollten.

Auch die sogenannten „traditionellen Handelsströme“, gewisse festgetretene Pfade der Bedarfsdeckung in den reiferen Volkswirtschaften, stellen keine absoluten und dauerhaften Werte dar. Sie existieren überhaupt nur bei einer wirtschaftsgeschichtlich allzu kurzfristigen Betrachtungsweise und können gegen die unaufhaltsamen weltweiten Strukturwandlungen ohnehin nicht erfolgreich verteidigt werden. Sie gegen berechnete Teilhaberschaftsansprüche industrieller Neulinge ins Feld zu führen, bringt daher wenig Ehre und verheißt nicht einmal einen Pyrrhussieg.

Freihändlerische Einstellung gegenüber Niedrigpreisländern vernünftig

Die ökonomische Vernunft spricht eindeutig für eine freihändlerische Einstellung auch und gerade gegenüber Ländern mit niedrigeren als den bei uns üblich gewordenen Gestehungskosten. Sinn und Gewinn der internationalen Arbeitsteilung aber liegen im Abstoßen oder Umstellen, sobald und soweit sich Gelegenheit dazu bietet, nicht im Bewahren strukturell kostengünstig arbeitender Branchen oder Betriebe. Diese Auffassung kann durch den Hinweis auf erhebliche Verluste an Volksvermögen, die der allzu bereitwilligen Öffnung unserer Märkte angeblich folgen müssen, keineswegs widerlegt werden. Gewiß, ein auffrischender Wind internationalen Wettbewerbs könnte eine Reihe schlecht fundierter Produktionszweige arg durcheinanderrütteln und flügelahme Unternehmen hinwegfegen — aber wäre das wirklich ein nationales Unheil?

Wer sich einmal der Mühe unterzöge, die Liste derjenigen Industrien, die Schutzmaßnahmen gegen Niedrigpreisimporte verlangen, mit der jener Branchen zu vergleichen, die seit vielen Jahren im Gefahren-

bereich der roten Ziffern operieren, schlechte Löhne zahlen, über Absatzschwierigkeiten klagen und staatliche Unterstützung zur Überwindung ihres permanenten „Konjunktur“-Tiefs begehren, der würde eine aufschlußreiche Übereinstimmung feststellen. Bedroht fühlen sich vorwiegend solche Fertigungszweige, deren Wachstum nicht einmal mehr durch den kräftigen allgemeinen Wirtschaftsaufschwung der Nachkriegszeit hinreichend stimuliert werden konnte und deren Abstand von den dynamischen Industrien daher immer größer wird. Das hat nichts mit konjunkturellem Auf und Ab zu tun, sondern ist eine langfristige, eine strukturelle und von Konjunkturschwankungen höchstens überlagerte Entwicklung; das ist die relative Stagnation traditioneller Fabrikationsbereiche, deren dynamische Epoche in der Vergangenheit liegt und die seither einen unaufhaltsamen Abstieg von ihrem Entfaltungshöhepunkt angetreten haben.

Derartige säkulare Verdrängungsvorgänge liegen in der Natur des wirtschaftlichen Reifeprozesses, und obgleich sie stets für die Betroffenen unbequeme oder gar schmerzliche Konsequenzen mit sich bringen, entspricht es weder den nationalen Gesamtinteressen, noch den darüber hinausreichenden Zielsetzungen etwaiger größerer Gemeinschaften, sie zu verzögern. So kann es unter den übergeordneten Gesichtspunkten auch kein Gewinn sein, sondern muß sich auf längere Sicht vielmehr als das Gegenteil erweisen, wenn — was im Zusammenhang mit den Niedrigpreiseinfuhren teils erst diskutiert, teils bereits praktiziert wird — schutzzöllnerische und subventionistische Treibhausbedingungen geschaffen werden, um eine im internationalen Vergleich unwirtschaftlich gewordene Produktion über den Zeitpunkt hinaus, da sie ihre historische Versorgungsaufgabe erfüllt hat und durch kostengünstiger arbeitende Betriebe in anderen Regionen der Welt abgelöst werden könnte, aufrechtzuerhalten.¹⁰⁾ Verdienstvoller wäre es da ohne Zweifel, die Rationalisierungschancen, die eine vorbehaltlose Eingliederung industrieller Neu-linge in das Welthandelssystem eröffnen würden, entschlossen zu nutzen. Anstatt wirtschaftspolitische Energien und finanzielle Mittel einem retardierenden Protektionismus zu widmen, sollen sie im Dienste situationsgerechter Strukturanierung eingesetzt werden.

NOTWENDIGE ANPASSUNG AN WELTWIRTSCHAFTLICHE KRAFTEVERSCHIEBUNGEN

„Situationsgerechtes“ Handeln heißt im vorliegenden Zusammenhang: den sich anbahnenden Umschichtungen angemessenes Reagieren. Es setzt die richtige Beurteilung der jeweils gegebenen Lage voraus und

¹⁰⁾ Ein Standardsortiment ökonomischer und außerökonomischer Gründe gegen die schnellstmögliche Anpassung an den jeweils realisierbaren Intensitätsgrad der internationalen Arbeitsteilung besteht seit Jahrhunderten und wird zu gegebener Zeit immer wieder vorgewiesen. Es reicht von merkantilistischen über gesellschaftspolitische bis zu militärisch-strategischen Argumenten, mit denen eine erneute Auseinandersetzung im Rahmen dieser Arbeit weder möglich noch überhaupt unerlässlich ist. Dies um so weniger, als die Mehrzahl der Gegenargumente von den Regierungen der führenden Industrienationen bereits im Zusammenhang mit weitreichenden überstaatlichen Integrationsvorhaben gewogen und als zu leicht befunden wurde.

hängt weitgehend von einer ungetrübten Erkenntnis der im Wandel begriffenen Marktconstellationen ab. Ein endgültiger Verzicht auf Sondervorkerungen gegen Niedrigpreisimporte müßte sehr günstige Rückwirkungen hierauf haben, denn obgleich er noch keine handelspolitische Gleichstellung von in- und ausländischem Angebot herbeiführen würde¹¹⁾, könnte doch zumindest der wichtige Nachweis tatsächlicher Wettbewerbserfolge der relativ zollunempfindlichen Industrieerzeugnisse von Entwicklungsländern auf diese Weise außerordentlich erleichtert werden. Allerdings reicht die Einfuhrstatistik — das bedarf in Anbetracht einer ganzen Anzahl voreilig daraus gezogener Schlüsse der ausdrücklichen Erwähnung — als Gradmesser hierfür nicht aus, weil sie ein beschleunigtes und umfangreicher werdendes Einströmen von Niedrigpreiserzeugnissen aufzeigen kann, ohne daß es überhaupt zu Marktverdrängungen einheimischer Produkte gekommen zu sein braucht.

So mußten beispielsweise die Exportangebote der Niedriglohnländer in den ökonomisch fortgeschrittenen Gebieten bisher vielfach erst eine an ihren Preisen und Qualitäten interessierte Nachfrage wecken, haben also zum Teil selbst Märkte geschaffen, die vor ihrem Auftreten noch gar nicht bestanden, oder bestehende Märkte nach vorher unerreichbar niedrigen Preis- und Güteklassen hin ausgeweitet und abgerundet. Wenn in derartigen Fällen, die auch in Zukunft eine Rolle spielen dürften, von echten Markteinbußen vergleichbarer heimischer Erzeugnisse kaum die Rede sein kann, so erscheint andererseits sogar die Vermutung berechtigt, daß Niedrigpreisprodukte gewisse Einkommensschichten und Geschmacksrichtungen unter den Verbrauchern aus ihrer Reserve zu locken vermögen, die — wenn sie ihr Interesse erst einmal den ihnen früher ferner gelegenen Warenkategorien zugewandt haben — schon bei der Deckung des Ersatzbedarfs geneigt sein könnten, zu anspruchsvolleren Erzeugnissen inländischer Fertigung überzugehen.

Auch diese Reklame- und Bahnbrecherfunktion preisgünstiger Einfuhren aus Niedriglohnländern sollte nicht übersehen werden, wengleich sie nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß daneben in großer Zahl echte Substitutionsvorgänge zum Nachteil der einheimischen Anbieter stattfinden können, die in rückläufigen Umsatzziffern der betroffenen Unternehmen zum Ausdruck kommen. Derartige, sich in Zukunft bei bestimmten Industriezweigen wahrscheinlich häufende Fälle brauchen keineswegs die ganze Branche, ja nicht einmal das gesamte Produktionsprogramm einer Firma zu gefährden, sondern werden vielfach — auch auf längere Sicht — nur einzelne Erzeugnisse berühren. Demzufolge dürfte die Skala der erforderlichen Anpassungsakte von innerbetrieblichen Ratio-

¹¹⁾ Dazu bedürfte es eines vollständigen Abbaus aller Handels-schranken, auf den die Entwicklung im übrigen zuzusteuern scheint, seit auch immer mehr politisch einflußreiche Persönlichkeiten Neigungen erkennen lassen, den Freihandelsgedanken überregional zu praktizieren (vgl. z. B. den Abschnitt „trade“ in Präsident Kennedys „State of the Union Message“ vom 11. Januar 1962 und seinen Entwurf des neuen US-Außenhandelsgesetzes).

nalisierungsmaßnahmen (wie der bloßen Beschränkung der Typenzahl) über das Ausweichen auf eine Spezialisierung innerhalb des bisherigen Warenbereichs bis hin zum Rückzug aus der Branche oder gar zur Abtretung der Betriebsstätten und Arbeitskräfte an expandierende Unternehmen der Wachstumsindustrien reichen.

Aufgabe des Staates und der nachgeordneten Gebietskörperschaften wäre es, diesen im gesamtwirtschaftlichen Interesse liegenden Vorgang einer Umgruppierung der Produktionsfaktoren nach Fertigungsarten oder Industriezweigen, deren höhere Produktivität und größere internationale Wettbewerbsfähigkeit einen nutzbringenderen Einsatz von Kapital und Arbeit verheißen, entschieden zu unterstützen. Dazu gehört ein klares wirtschaftspolitisches Konzept, das keinen Raum für Konzessionen gegenüber kurzfristig-konservativen Interessentenwünschen läßt. Dazu bedarf es ferner einer gezielten und nachhaltigen Aufklärung über die Ursachen und Wirkungen der spürbar werdenden weltwirtschaftlichen Strukturänderungen, über die Notwendigkeit und die Vorteile elastischer Anpassung hieran, über die Möglichkeiten und die Grenzen staatlicher Hilfestellung im Wandlungsprozeß.

Ein solcher Beistand hätte von Fall zu Fall den direkten Einsatz finanzieller Mittel zu umschließen — beispielsweise in Form von Anpassungsprämien, Umstellungsdarlehen, Stilllegungsbeihilfen, Eingliederungskrediten und Besteuerungsverzichten¹²⁾ —, die wegen ihres unmittelbaren Zusammenhangs mit der Öffnung bzw. Offenhaltung wichtiger Absatzmärkte für verarbeitete Waren förderungsbedürftiger Länder sogar als eine besondere Art von Entwicklungshilfe betrachtet werden könnten. Die berufsständischen Organisationen aber wären gut beraten, wenn sie ihre Aufgabe der Interessenvertretung in einem realistischen, auf die Gewinnung der Zukunft statt auf die Erhaltung der Vergangenheit gerichteten Sinne wahrnehmen und den unvermeidlichen Umsetzungsprozeß durch eine positive Mitwirkung erleichtern würden.

Die Chance kostengünstiger Industriestandorte in Entwicklungsländern

Wenn die bisherigen Darlegungen den Eindruck erweckt haben, daß der Aktionsbereich für Anpassungsmaßnahmen der durch Niedrigpreisimporte bedrängten Firmen und Fertigungszweige auf das Gebiet der Industrieländer beschränkt sei, so ist eine Berichtigung vonnöten. Tatsächlich besteht ja neben dem Ausweichen innerhalb des eigenen Wirtschaftsraumes die nicht zu vernachlässigende, obgleich in einzelnen Fällen nur mit Einschränkungen gegebene Möglich-

keit des Vorstoßes in jene Entwicklungsgebiete, deren international erfolgreiche Konkurrenzangebote sie als Industriestandorte empfehlen.

Mit der Verlagerung des gesamten Produktionsprogramms oder von Teilfertigungen in diese Länder, mit der Errichtung von Zulieferbetrieben, mit Beteiligungen an bestehenden Werken und den anderen Formen finanzieller oder technischer Zusammenarbeit kann die sich bietende Gelegenheit zur Wahrnehmung beträchtlicher Kostenvorteile und damit zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit auch auf dem bisherigen Erzeugungssektor genutzt werden. Dies wäre ein analoger Vorgang zum Investitionsdrang nordamerikanischer Industriefirmen nach anderen Erdteilen, darunter auch nach Europa, das im Verhältnis zu den USA trotz aller Angleichungstendenzen ebenso noch auf lange Sicht ein Niedrigkostengebiet bleiben wird wie die heutigen Niedriglohnländer im Vergleich zu unserem Kontinent.

Die außergewöhnlichen Gewinnchancen zu ergreifen und dafür ungewohnte Risiken in Kauf zu nehmen, wäre ein Beweis für ungebrochene unternehmerische Initiative. Unzumutbare Risiken zu vermindern (beispielsweise durch Investitionsschutzabmachungen mit den in Betracht kommenden Entwicklungsländern bzw. durch Beteiligung mit haftendem öffentlichem Kapital an den privaten Investitionen, wie sie das Projekt einer „Deutschen Entwicklungsgesellschaft“ vorsieht) oder abzudecken (durch Garantien bzw. Versicherungen), obläge nach der international üblich gewordenen Praxis ohnehin dem Staat, der diese Aufwendungen noch eindeutiger als die internen Anpassungshilfen als Beiträge zur Förderung des industriellen Aufbaus in unzureichend entfaltenen Volkswirtschaften deklarieren könnte.

Für alle auf die erwähnten weltwirtschaftlichen Strukturwandlungen abzustimmenden Aktionen aber trifft es zu, daß sie nicht länger aufgeschoben werden dürfen, wenn man sich nicht in absehbarer Zeit vom Druck der Ereignisse zu überstürzten, unausgereiften Maßnahmen zwingen lassen will. In Anbetracht der zunehmend an Breite und Tiefe gewinnenden Industrialisierung in Übersee werden die Bedingungen für eine schrittweise, harmonisierende Umstrukturierung und Spezialisierung sich schon in einigen Jahren so sehr verschlechtert haben, daß ein vermeintlicher Zeitgewinn als unwiederbringlicher Zeitverlust zu beklagen sein wird. Es gilt daher, die verstreichende Frist zu nutzen. Noch bedarf es keiner radikalen Maßnahmen und keiner extremen Schritte, weil wir uns ja durchaus am Anfang der Entwicklung befinden. Noch sickern — verglichen mit dem jeweiligen Verbrauchsvolumen in den wohlhabenderen Volkswirtschaften — erst dünne Rinnsale verarbeiteter Waren aus den unterstützungsbedürftigen Niedrigpreisgebieten auf unsere Märkte, noch ließe sich also seitens der Industrieländer mit dem in Gang kommenden Wandlungsprozeß Schritt halten.

¹²⁾ Die notwendige Beachtung einschlägiger Bestimmungen des Vertrages von Rom, besonders der Vorschriften über staatliche Beihilfen (Art. 92—94), werden den Mitgliedern der EWG und den künftig noch zu ihnen stoßenden Industrieländern ein gemeinsames oder doch weitgehend aufeinander abgestimmtes Vorgehen auch auf diesem Sachgebiet nahelegen.

ZUSAMMENFASSUNG

Wie wir sahen, wenden die wirtschaftlich fortgeschrittenen Länder schon seit vielen Jahren steigende Beiträge an öffentlichen und privaten Mitteln auf, um das ökonomische Entfaltungsniveau rückständiger Gebiete zu heben und damit den schwindelerregenden Neigungswinkel des Wohlstandsgefälles auf unserer Erde allmählich zu verringern. Diese Entwicklungshilfe läuft, ihrer ganzen Zweckbestimmung gemäß, im wesentlichen auf eine mittelbare oder unmittelbare Förderung der Industrialisierung hinaus, die in der Tat als wichtigste Vorbedingung für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu beurteilen ist. Daher läßt sich dem internationalen Beistand eine geeignete Zielsetzung nicht absprechen.

Mangel an Konsequenz offenbart sich jedoch insofern, als die Opferwilligkeit der hilfeleistenden Länder bislang überwiegend in der Bereitschaft zum Handeln, dagegen zu wenig in der ebenfalls unerläßlichen Bereitschaft zum Dulden Ausdruck fand: Es fehlt nicht an nennenswerten Anstrengungen der Industriestaaten, förderungsbedürftige Volkswirtschaften durch finanzielle Zuwendungen und technische Unterweisung mit einem wachsenden gewerblichen Produktionspotential auszustatten. Sobald es jedoch darum geht, die normalerweise zu erwartenden Funktionsäusserungen dieser Fertigungsanlagen, deren Errichtung doch nicht Selbstzweck sein kann, aus dem gleichen Geiste heraus bejahend in Kauf zu nehmen, legen die Mäzenatenländer noch immer eine sonderbare Unlust an den Tag.

Man muß sich vergegenwärtigen, daß neue Produktionsaggregate für die von chronischer Knappheit an fremden Valuten heimgesuchten Entwicklungsländer gleichbedeutend sind mit zusätzlichen Gelegenheiten zur Devisenersparnis durch Eigenfabrikation bisheriger Importwaren oder zum Devisenverdienst durch erfolgreiche Absatzvorstöße auf auswärtige Märkte. In beiden Fällen werden unvermeidlich die Interessen der traditionellen Lieferanten aus den industriellen Kerngebieten berührt.

Während die reiferen Industrieländer jedoch ihre allmähliche Verdrängung von einigen räumlich fernliegenden Teilmärkten nach anfänglicher Alarmstimmung jetzt bereits im Zusammenhang mit Exportzuwachsen bei anderen, meist höherwertigen Güterkategorien zu betrachten pflegen und dabei in der Regel eine per Saldo vorteilhafte Verschiebung im Warensortiment ihrer Ausfuhren konstatieren, zeigen sie vorerst noch keine ebenso klarsichtige Aufgeschlossenheit gegenüber den auf ihr eigenes Wirtschaftsgebiet gerichteten Absatzbemühungen junger überseeischer Betriebsstätten. Zumindest die marktgängigen Erzeugnisse jener rückständigen Länder, deren Produktionskostenpegel — vielfach infolge eines besonders tiefen Lohnniveaus — zu außergewöhnlich niedrigen Preisangeboten befähigt, scheinen ihnen höchst unwillkommen zu sein.

Dabei führen es gerade die billigen verarbeiteten Waren sehr eindrucksvoll vor Augen, daß bestimmte industrielle Fertigungssparten in anderen Teilen der Welt weitaus günstigere Standorte gefunden haben, als sie die entwickelteren Regionen zu bieten vermögen. Mit der Macht eines ökonomischen Gesetzes wird sich daher die Verlagerung der an den alten Plätzen international nicht mehr wettbewerbsfähigen (und bezeichnenderweise fast ausnahmslos auch im nationalen Vergleich stagnierenden) Produktionen vollziehen, zumal dieser weltwirtschaftliche Strukturwandlungsprozeß ja aus entwicklungspolitischen Gründen eine nachdrückliche Förderung erfährt.

Nichts läge also näher und entspräche mehr dem wohlverstandenen Gesamtinteresse auch der reiferen Volkswirtschaften, als die ohnehin unvermeidliche, spezialisierende Anpassung hieran rechtzeitig und bereitwillig vorzunehmen, um jene „komparativen Vorteile“ der Einbeziehung kostengünstiger fabrizierender Neulinge in die internationale Arbeitsteilung zum ehestmöglichen Zeitpunkt zu realisieren. Wird dagegen die unerläßliche Umgruppierung der Produktionsfaktoren seitens der Industriestaaten durch protektionistische Vorkehrungen, die tatsächlich keineswegs außer Diskussion stehen, „erfolgreich“ hinausgezögert, so ist das nicht nur mit der Einbuße des angedeuteten Nutzens, sondern darüber hinaus mit einer erheblichen Entwertung des Aufwands zur Unterstützung des ökonomischen Fortschritts bedürftiger Nationen zu bezahlen. Damit nicht genug, werden die von der Idee ihres schnellstmöglichen wirtschaftlichen Aufstiegs besessenen und sowieso von Mißtrauen in die ehrlichen Absichten der ehemaligen Kolonialmächte erfüllten Länder eine solche Verwässerung der Entwicklungshilfe durch entgegengesetztes handelspolitisches Gebaren auf die Dauer nicht ohne heftige, ja feindselige Reaktionen hinnehmen.

Angesichts der drohenden Auseinandersetzungen muß es mit berechtigter Hoffnung auf die bevorstehende Überwindung der gefahrbringenden Widersprüchlichkeiten im entwicklungspolitischen Konzept wichtiger Industriestaaten erfüllen, wenn im Namen der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft so eindringliche, vom Bewußtsein der notwendigen Harmonie zwischen allen Kategorien der Wachstumsförderung geprägte Worte ausgesprochen werden konnten, wie diese:

„... um irgend etwas zu verwirklichen, muß man sich vor Augen halten, daß eine wirksame Abhilfe ohne Opfer der Länder nicht möglich ist. Diese Opfer können verschiedener Art sein. Es kann der Steuerpflichtige sein, der an der Hilfe für die unterentwickelten Länder teil hat. Es kann der Verbraucher sein, der bereit ist, etwas teurer zu bezahlen, was diese Länder ihm verkaufen. Es kann der Erzeuger sein, der es hinnimmt, daß die unterentwickelten Länder ihre Industrialisierung einleiten und daß sie somit ihm gegenüber in Wettbewerb treten. Aber es gibt keine Lösung, bei welcher die schlichte Bejahung der Idee

einer Verbesserung der Lage der unterentwickelten Länder ausreicht, um diese Verbesserung herbeizuführen. Die Wahrheit, meine Herren, ist, daß unsere Länder sich an den Gedanken des Opfers und der damit verbundenen unbequemen Maßnahmen gewöhnen müssen. Deshalb war ich glücklich, ..., mit der Bitte an Sie herantreten zu dürfen, sich von dieser Wahrheit zu überzeugen und auf die Parlamente und die Regierungen im gleichen Sinne einzuwirken, da-

mit die verantwortlichen Männer in ihren Ländern bereit sind, einer gewissen Mystik und bestimmten festverwurzelten Grundsätzen zu entsagen, denn auf diesen überholten und gefährlichen Ideen beharren, heißt, die Welt der Katastrophe und die Zivilisation ihrem Untergang entgegenzuführen.“¹³⁾

¹³⁾ Robert Lemaignen in seiner Rede über „Die Politik der EWG gegenüber den Entwicklungsländern“ Anfang Oktober 1961 in Bari.